

Die Verlegung der Polizeischule nach Fürstenfeldbruck im Jahre 1924

Seit dem Jahr 1924 hat Fürstenfeldbruck in den ehemaligen Räumlichkeiten des Klosters Fürstenfeld eine Polizeischule. Dies bedeutete für unseren Ort die größte Veränderung während der Weimarer Republik, langfristig hatte und hat die Polizeischule auch eine große wirtschaftliche und soziale Bedeutung für Fürstenfeldbruck. Heute soll auf die Vorgeschichte und die Hintergründe der Gründung der Polizeischule im Jahr 1924 zurück geblickt werden.

Die Vorgeschichte

Bald nach dem Ersten Weltkrieg gab es auf Seiten der Münchner Regierung und des Marktgemeinderats Fürstenfeldbruck Bestrebungen, in Fürstenfeldbruck Polizeischüler ausbilden zu lassen. Der Gemeinderat nahm am 14. Oktober 1920 Bezug auf eine Regierungsentschließung vom 8. September 1920, er schreibt: „Nach Ansicht der unterfertigten Gemeinde dürfte es genügen, vorerst nur an die Errichtung einer gemeinsamen Grundschule für bayerische Polizeivollzugsbeamte heranzutreten und den Ausbau durch Angliederung von Kursen für besondere Dienstzweige der Entwicklung, je nach dem Auftreten des Bedürfnisses zu überlassen.

Die Forderung des ersatzweisen Besuchs eines Kurses der Polizeischule wird grundsätzlich als Voraussetzung für künftige Anstellungen zu stellen sein...Mit dem Lehrplan wird Einverständnis erklärt. Eine Beteiligung der Gemeinde an den Kosten durch Übernahme der Ausbildungskosten (Schulgeld) ist jedenfalls für solche Sicherheitsbeamte möglich, welche sich bereits im Dienste befinden und von der Gemeinde nachträglich die Ausbildung erhalten sollen.

Für neu einzustellende Bewerber wird gefordert werden, dass diese zunächst (aus eigenen Mitteln) durch den Schulbesuch sich die nötige Ausbildung für den Beruf verschaffen. Wird dieser Weg allgemein eingehalten, so werden die Kosten der Schule wohl in der Hauptsache von denjenigen Personen getragen werden, welche sich für den Polizeiberuf ausbilden wollen, wobei selbstverständlich Staatszuschüsse unvermeidlich sein werden“.

Ein gutes Jahr später, am 15. Dezember 1921 wies der Gemeinderat Fürstenfeldbruck an den Vorstand der Gendarmerieschule in München auf den Sachstand und auf die Motivation der Gemeinde hin.

„In den Räumen der ehemaligen Unteroffiziersschule ist zurzeit das bayerische Landesschülerheim, allerdings mit vorerst nur einer geringen Schülerzahl, untergebracht. Von Seiten der Gemeinde, wie auch vieler interessierter Körperschaften wurde an den Landtag der Antrag gestellt, den Ausbau des bayerischen Landesschülerheims zu einem Internat für 200 Zöglinge zu genehmigen und die Mittel für die Errichtung eines 9-klassigen Realgymnasiums in Fürstenfeldbruck im Anschluss an das bayerischen Landesschülerheim zu bewilligen. Die Verhandlungen sind seit längerer Zeit im Lauf und es steht zu erwarten, dass die Angelegenheit in Bälde im Landtag zur Sprache kommen wird. Es schwebt

außerdem noch ein weiteres Projekt hinsichtlich der Verwendung des mit den Räumen der Unteroffiziersschule zusammenhängenden Lazarett-Traktes. In diesem Teil des Gebäudes will die Gemeinde eine demnächst vom Kreis zu errichtende landwirtschaftliche Schule unterbringen. Für die Lehrkräfte beider Schulen musste die Gemeinde bereits vor längerer Zeit Wohnungen sicher stellen. Es sind zurzeit 4 Einfamilienhäuser mit je 6 Räumen im Bau, die bis Mai 1922 fertig werden“.

Kurz zuvor hatte der Vorstand der Gendarmerieschule in München, Oberst Stepf, dem Marktgemeinderat Fürstenfeldbruck mitgeteilt, dass er mit den Vorarbeiten zur Erweiterung der jetzigen Gendarmerieschule betraut sei. Er schrieb am 9. Dezember 1921:

„Falls – wie zu erwarten steht – die Räume der Gendarmerieschule in München nicht ausreichend erscheinen, dass darin etwa 500 Schüler gleichzeitig ausgebildet werden können, und wenn in München selbst kein geeignetes Gebäude zu gedachtem Zwecke verfügbar gemacht werden sollte, so wird seitens der maßgebenden Stellen in Erwägung gezogen, die Gend.- und Polizei-Schule vom nächsten Jahre ab in den Räumen der ehemaligen Unteroffiziersschule unterzubringen. Bei einer Schülerzahl von mindestens 500 Mann ist der Bedarf an Lehrkräften und Beamten ein ziemlich großer, so dass möglicherweise nicht genügend Räume für Unterbringung dieser Herren in der dortigen Kaserne vorhanden sein werden. Für diesen Fall erscheint es von Wert, zu erfahren, ob und wann einige 3-4 Zimmerwohnungen in Fürstenfeldbruck für das Lehrpersonal in absehbarer Zeit frei gemacht werden könnten“.

In den nächsten Jahren stagnierten die weiteren Planungen, im Jahr 1924 kam jedoch wieder Bewegung in die Angelegenheit. Am 14. April 1924 fand eine Sitzung des Marktgemeinderates statt, auf der es hieß:

„Herr Bürgermeister Plonner führte aus. In einer Versammlung des hiesigen Mittelschulvereins am 11. April wurde zur Sprache gebracht, dass das Kultusministerium das Landesschülerheim in Fürstenfeldbruck mit Wirkung vom 1. Mai 1924 aufgelöst hat. Nach Ansicht der beteiligten Kreise ist die Auflösung eigenmächtig und entgegen den Beschlüssen des Landtags erfolgt und der Verein wird mit allen Mitteln danach trachten, dass der neu zusammen tretende Landtag Remedur schaffen werde. Bis zu diesem Zeitpunkt stehen nun für das Landesschülerheim keine staatlichen Mittel mehr zur Verfügung. Der hiesige Mittelschulverein strebt aber mit allen Kräften danach, das Landesschülerheim hinüber zu retten und meint, es sollten sich für die Weiterführung private Kreise, in erster Linie die Gemeinde interessieren. Nun hat in einer kürzlichen Sitzung des Haushaltungsausschusses des Landtages, in welcher über das Landesschülerheim debattiert wurde, der Minister auf die Anfrage eines Abgeordneten, was denn nun eigentlich mit dem Gebäude der ehemaligen Unteroffiziersschule beabsichtigt sei, erklärt, die Regierung wünsche die Verlegung der Polizeischule nach Fürstenfeldbruck. Am Gemeinderat wird es nun liegen, sich selbst darüber klar zu sein, was die Gemeinde will. In der hierüber eröffneten Aussprache erklärte Herr Gemeinderat Ökonomierat Weiß, es sei damals ein vordringlicher Wunsch der Gemeinde Fürstenfeldbruck gewesen, in Verbindung mit dem Landesschülerheim eine Mittelschule zu bekommen. Nachdem nun aber das Landesschülerheim

aufgelöst sei und eine private Weiterführung durch die Gemeinde nach seinem Dafürhalten nicht in Frage komme, sei der Weg, den die Gemeinde zu gehen hat, klipp und klar vorgezeichnet. Es sind nun ganz energische Schritte notwendig, die dahin zielen, dass die Polizei- und Gendarmerieschule nach Fürstenfeldbruck verlegt werde“.

Gemeinderat Linbrunner schloss sich den Ausführungen von Weiß an und Bürgermeister Plonner war der Auffassung, „dass die Polizei- und Gendarmerieschule doch vielen Geschäftsleuten von Nutzen sein werde. Damit werden diese auch zu den Gemeindeeinnahmen in höherem Maße beitragen können, so dass die Gemeinde eventuell in die Lage kommen wird, selbst eine Realschule, vielleicht vorerst mit 3 Kursen in Fürstenfeldbruck zu erbauen und zu betreiben“.

Gemeinderat Hauptlehrer Hartig vertrat die Auffassung, dass sowohl Polizeischule als auch Landesschülerheim der Beschlussfassung des Landtages zu unterbreiten sei. Der Gemeinderat beschloss mit einer Gegenstimme, dass es der Wunsch des Gemeinderates sei, dass mit allen Mitteln auf eine Hierherverlegung der Polizeischule hingearbeitet werden sollte. Zur Unterstützung des schriftlichen Gesuches sollte eine Kommission, bestehend aus Bürgermeister Plonner und Ökonomierat Weiß, gebildet werden, die bei den zuständigen Stellen vorstellig werden sollte.

Am 26. April 1924 verfügte das Staatsministerium des Inneren, dass die Gendarmerie- und Polizeihauptschule Fürstenfeldbruck mit möglichster Beschleunigung ins Leben gerufen werden sollte. Das Ministerium betrachtete es als Grundbedingung, dass die baldige Inangriffnahme der notwendigen Umbauarbeiten vollzogen werde. Diese Umbauarbeiten würden dadurch behindert werden, dass eine erhebliche Anzahl von Räumen der Haupt- und Nebengebäude von einer Reihe von Einzelpersonen und Familien mit Beschlag belegt waren.

Fürstenfeldbruck stand hinsichtlich der Verlegung der Polizeischule von München in großer Konkurrenz mit Ingolstadt, „das heute noch mit aller Macht daran arbeitet, die Schule für sich zu bekommen. Die dortige Stadtvertretung hat im Verein mit den Vertretungen der geschäftlichen Organisation alle Hebel in Bewegung gesetzt um zu erreichen, dass die Frage der Gendarmerieschule dem nun zusammentretenden Landtag nochmal unterbreitet wird. Ingolstadt ist voller Zuversicht, genau so wie Fürstenfeldbruck auch“.

Weiter hieß es: „Die künftige Verwendung des Unteroffiziersschulgebäudes ist seit langem eine Lebensfrage für Fürstenfeldbruck“. Der Marktgemeinderat wollte die Polizeischule unbedingt nach Fürstenfeldbruck holen. Er führte dazu auf: „Wir glauben zu dieser Bitte um so mehr Berechtigung zu haben, als die baldige Erfüllung dieses Wunsches nicht nur eine Lebensfrage für Fürstenfeldbruck bedeutet, sondern auch deshalb, weil das Gebäude der ehemaligen Unteroffiziersschule, nachdem es für militärische Zwecke keine Verwendung mehr finden kann, kaum einem besseren Zweck zugeführt werden könnte, als dies durch die Hierherverlegung der Gendarmerie- und Polizeischule geschieht.“

Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, dass das Gebäude und dessen Umgebung in hygienischer Beziehung ganz hervorragend für diesen Zweck geeignet ist, da gesunde Räume, herrliche Bäder, große Turnhalle, prächtige Spielplätze zur Verfügung stehen und gute Luft, schöne Wälder und herrliche Wiesenflächen die körperliche und geistige Ertüchtigung der jungen Männer gewährleisten. Frei von allen politischen Einflüssen können sie hier für ihren ersten Beruf in musterhafter Weise herangebildet werden“. Schwierigkeiten bei der Wohnungsfrage für das Lehrpersonal beständen nicht.

Weiter pries der Gemeinderat den Ort Fürstenfeldbruck an: „Der Ort Fürstenfeldbruck selbst, innerhalb des Vorort-Rayons von München gelegen, ist einer der stattlichsten Märkte Oberbayerns, Sitz verschiedener Behörden, und genießt ob seiner verschiedenen Vorzüge einen nicht unverdienten Ruf. Besonders hervorzuheben ist auch das günstige Klima. Der Markt hat elektrische Beleuchtung, Wasserleitung und Kanalisation, Herren und Damenschwimmbäder, auch eine tadellos ausgestattete Warmwasserbadeanstalt, die mit dem heilkräftigen Amperwasser gespeist wird, ist vorhanden. Die Gemeinde hat ein modern eingerichtetes Schlachthaus mit Kühlanlage, so dass die Möglichkeit der jederzeitigen Beschaffung vollkommen einwandfreier Verpflegung gesichert ist“.

Die weitere Geschichte

Letztlich wurde zugunsten von Fürstenfeldbruck entschieden. Es wurde mit einem Stand von ca. 600 Mann gerechnet, darunter 15 Offiziere und Beamte sowie 50 Unterbeamte. Die Gemeinde sollte für die Bereitstellung von Wohnungen sorgen und sie beantragte einen Kredit von 85 00 Mark für den Wohnungsbau. Ebenso wurde der Ankauf eines Bauplatzes vom Wittelsbacher Ausgleichfond beschlossen. In den nächsten Jahren der Weimarer Republik entwickelte sich die Schule wie geplant, die örtlichen Gewerbetreibenden profitierten in hohem Ausmaße von der Polizeischule, vor allem die Metzgermeister. In der Zeit des Nationalsozialismus war die Polizeischule eine Hochburg der Nationalsozialisten.